

Hilfe zur Wahlentscheidung

Bundestagswahl 2013

Für eine gerechtere Rentenpolitik!

Sehr geehrte(r)

Sie möchten über Ihren Wahlkreis in den Bundestag gewählt werden. Dort wurden die Gesetze für das derzeitige gültige Rentenrecht beschlossen, welche die Beitragszahler, Rentnerinnen und Rentner als solidarisch Versicherte - im Vergleich zu den steuerfinanzierten und berufsständischen Versorgungssystemen als unsolidarisch Versicherte - seit langem benachteiligt. Diese Ungleichbehandlung widerspricht dem Gleichheitssatzes des Grundgesetzes Art.3, spaltet unsere Gesellschaft und stellt die demokratischen Strukturen in Frage.

Deshalb wollen wir im Bundestag Abgeordnete wissen, die sich dem Grundrecht der Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlen. Dies sind Abgeordnete welche unsere beiden Wahlprüfsteine

1. Die Ausgliederung der versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung

(Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung)

2. Die Einführung einer Bürgerversicherung (Schweizer Modell)

(Solidarverhalten von allen Bürgerinnen und Bürgern einfordern)

mit ja beantworten können. Für diese Kandidatinnen und Kandidaten werden wir eine Wahl-empfehlung geben. Zur Beantwortung unserer Wahlprüfsteine öffnen Sie bitte den Link [KOOP-Wahlprüfsteine](#) und geben Ihre Antwort ein.

Unsere beiden Wahlprüfsteine sind politische Grundsatzfragen, die seit Jahrzehnte diskutiert werden und zu unterschiedlichen Standpunkten führten. Es geht deshalb nicht um einen Meinungs- und Austausch für das Für und Wider, sondern ob Sie persönlich unsere Wahlprüfsteine mit ja beantworten können und im Falle Ihrer Wahl sich auch im Bundestag - über Parteigrenzen hinweg - dafür einsetzen werden.

Ihre Antwort kann bis zum 25.08.2013 berücksichtigt werden.

Wir bedanken uns recht herzlich für die Beantwortung unserer Wahlprüfsteine.

Mit freundlichen Grüßen

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.

www.adg-ev.de

Betriebsrentner e.V.

www.betriebsrentner.de

Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

www.beitragszahler-rentner.de

Büro gegen Altersdiskriminierung

www.altersdiskriminierung.de



Umfrage: Bundestagswahl 2013
Beschreibung: Wahlhilfe zur Bundestagswahl 2013
Umfragezeitraum: 10.08.2013 - 01.09.2013
Teilnehmer:

Frage 1 Ausgliederung der versicherungsfremden Leistungen aus der DRV

Situation

Das Bundesversicherungsamt, als Aufsichtsbehörde der Deutschen Rentenversicherung, bestätigte uns am 13.03.2012, dass kein aktuelles Zahlenmaterial über die genaue Höhe der versicherungsfremden Leistungen existiert.

1

Die Rentenversicherung selbst spricht bei den versicherungsfremden Leistungen lediglich von Orientierungsgrößen, Strukturhypothesen, Modellen und Schätzwerten. Im West-Ost-Transfer gar nur noch von der Herleitung dem Sinne nach.

Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung die versicherungsfremden Leistungen jährlich zu berechnen.

Nach eigenen Recherchen wurden seit 1957 rund 700 Mrd. Euro versicherungsfremde Leistungen nicht mit Steuergeldern ausgeglichen und mussten über Rentenbeitragselder aufgebracht werden. Die Deutsche Rentenversicherung verweigert uns die Bestätigung oder Widerlegung der Zahlenwerte mit der Begründung, ihr stehe nicht für alle Jahre Zahlenmaterial zur Verfügung, obwohl die Deutsche Rentenversicherung die Institution ist, welche dieses Zahlenmaterial beschaffen hätte können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir Sie:

Sind Sie für die Ausgliederung der versicherungsfremden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung?

- ja
 nein

Bewertung / Gewichtung Frage 1 :

Frage 2 Einführung einer Bürgerversicherung

Situation

2

Die Altersversorgung in Deutschland ist ein Zwei-Klassensystem von solidarisch und unsolidarisch Versicherten und unterliegt einem Zwei Klassenrecht in dem für die Einen nicht gilt was für die Anderen selbstverständlich ist. Dieses System spaltet unsere Gesellschaft mit der Folge, dass an Stelle der Solidantät der Egoismus der Lobbyistenverbände steht.

Mit der Ablösung des heutigen Mehrklassensystems durch eine Bürgerversicherung wuerde der bisherige Egoismus der Lobbyistenverbände durch ein Mindestmaß an Solidantät und sozialer Gerechtigkeit ersetzt, was für jede zivilisierte und sozial funktionierende Gesellschaft erforderlich ist.

Die Menschen sind nicht alle gleich aber sie haben ein Recht auf gleiche Behandlung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir Sie:

Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung?

- ja
 nein

Bewertung / Gewichtung Frage 2 :

Antwort senden / aktualisieren